

TOP 1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Sitzungsverlauf:

Gemäß § 35 Abs. 1 Satz 4 der Gemeindeordnung sind die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse in der nächsten öffentlichen Sitzung bekannt zu geben, sofern nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

In der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 20.07.06 wurde über folgendes beraten bzw. Beschluss gefasst:

1. Der Gemeinderat hat über die Jahresrechnung 2005 sowie den Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes beraten. Näheres heute unter TOP 9.
2. Es stellten sich 5 Kandidaten für die Stelle des 1. Beigeordneten vor. Näheres heute unter TOP 5.
3. Der Gemeinderat beriet über Form und Inhalt einer Gedenktafel für die Verfolgten und die Opfer des Nationalsozialismus. Er folgte dem Vorschlag des Stadtarchivs, eine entsprechende Gedenktafel zu gestalten. Sie wird durch ein entsprechendes Gedenkbuch ergänzt, das in würdiger Form im Stadtarchiv geführt werden wird. Die Tafel wird an noch exakt festzulegender Stelle auf dem nördlichen Schlossplatz angebracht werden.
4. Eine weitere Entscheidung war eine Personalentscheidung, die nicht zur Bekanntgabe geeignet ist.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Sitzungsverlauf:

1. Nach Ansicht von Frau Vogt ist die Kreuzung Berliner Straße / Breslauer Straße mit Einfahrt in die Grenzhöfer Straße sehr unübersichtlich und gefährlich. Sie regt an, dort einen Spiegel zur besseren Einsichtnahme nach rechts anzubringen. Das Thema soll bei der nächsten Verkehrstagfahrt angesprochen werden.
2. Herr Fritz Münch bezieht sich auf die Unseltsstraße. Dort sei einem Anwohner ein absolutes Halteverbot zugestanden worden. Dadurch könnten jetzt einige Anwohner nicht mehr vor dem Haus parken. Er bittet um Rücknahme. Mit der Angelegenheit wird man sich ebenfalls bei der nächsten Verkehrstagfahrt beschäftigen.
3. Herr Huber liest aus einem von ihm verfassten Brief an den Ministerpräsidenten und andere Entscheidungsträger zu der Frage der hohen Zahl von Abtreibungstötungen in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Er fragt den Oberbürgermeister, wie er hier weiter vorgehen soll. Der Oberbürgermeister bittet um Verständnis, dass dies keine Angelegenheit des Gemeinderats sei. Herr Huber solle einen Termin in seiner Sprechstunde vereinbaren.
4. Auf Nachfrage von Frau Leinweber nach einer etwaigen Schließung des Penny-Markts in der Innenstadt sagt der Vorsitzende, dass dies nach Erkenntnis der Stadt nicht der Fall sei.
5. In einer weiteren Anfrage bemängelt Herr Fritz Münch den zum Teil mangelhaften Reinigungszustand der Straße, z. B. an den Brückenauffahrten oder in der Gustav-Hummel-Straße. Er möchte wissen, ob hier Verbesserungen möglich seien. Der Vorsitzende sagt, dass man bereits jetzt das im Rahmen der Möglichkeiten Optimale leiste und bittet im Zweifel um konkrete Hinweise auf Verunreinigungen, denen man dann gerne nachgehen werde.
6. Frau Abrigo, Anliegerin der Friedrichsfelder Straße, möchte wissen, ob nach Fertigstellung der B 535 in der Friedrichsfelder Straße eine verkehrsberuhigte Zone eingerichtet werden solle. Sie habe den Eindruck, dass die Fahrzeuge dort doch sehr schnell fahren. Der Vorsitzende verweist darauf, dass es sich hier um eine Landesstraße handle, die nicht verkehrsberuhigt ausgewiesen werden könne. Ansonsten müssten dann konkrete Verkehrskontrollen erfolgen.

**TOP 3 Mannheimer Straße - Umwidmung eines Teilbereiches in eine Fußgängerzone
(Abstimmungsergebnis zu Beschluss Nr. 2 - weitere Abstimmungsergebnisse
s. Niederschrift)
Vorlage: 213/2006**

Sitzungsverlauf:

Die Einleitung des Oberbürgermeisters sowie die Stellungnahmen von Stadtrat Imhof, CDU, Stadtrat Müller, SPD, Stadtrat Junker, SWF ,97, und Stadtrat Kern sind als Anlage beigefügt.

Stadtrat Ackermann ist der Ansicht, dass der Abschnitt zwar ja faktisch eine Fußgängerzone darstelle; hier solle man jetzt auch die nötige Klarheit schaffen. Bezüglich des Abschnittes 2 habe man in der Fraktion kontrovers diskutiert und stimme hier uneinheitlich ab. Die Grundlagen aus den Plänen könnten durchaus auch für einen verkehrsberuhigten Bereich verwendet werden. Dem Beispiel anderer Städte folgend wäre es sicher ein guter Anreiz für die Kunden, wenn die erste halbe Stunde im Parkhaus kostenfrei bereit gestellt würde.

Stadtrat Nerz signalisiert die Zustimmung für den Abschnitt 1, hält aber für den Abschnitt 2 die Ausweisung als verkehrsberuhigten Bereich völlig ausreichend.

Aufgrund der vorliegenden Anträge wird ohne formlose Abstimmung entschieden, dass eine getrennte Abstimmung der Einzelpunkte erfolgt.

Im Rahmen der Abstimmung über Nr. 4 (Beschluss der Satzung) wird zuerst über den Änderungsantrag des Schwetzingener Wähler Forums (Antrag 2) abgestimmt. Der Antrag wird mit 8 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden ist die SPD-Fraktion damit einverstanden, dass der gestellte Antrag zu einem Fahrradverbot in Abschnitt 2 zu einem späteren Zeitpunkt separat behandelt werden soll.

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen zu den Einwendungen gegen die Teileinziehungsabsicht der Mannheimer Straße wird gemäß der vorgelegten Zusammenstellung (Anlage 1) zugestimmt.
2. Der verkehrsberuhigte Bereich der Mannheimer Straße zwischen Carl-Theodor-Straße und Dreikönigstraße / Heidelberger Straße wird mit Wirkung zum 01.09.2006 zur Fußgängerzone umgewidmet (Abschnitt 1).
3. Der Bereich der Mannheimer Straße zwischen Dreikönigstraße / Heidelberger Straße und Wildemannstraße wird mit Wirkung zum 01.04.2007 zur Fußgängerzone umgewidmet (Abschnitt 2).
4. Die Satzung zu verkehrsrechtlichen Regelungen der Fußgängerzone Mannheimer Straße (Anlage 2) wird beschlossen und tritt zeitgleich mit Wirksamwerden der jeweiligen Teileinziehung der Teilabschnitte der Mannheimer Straße in Kraft.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung und Realisierung der Fußgängerzone notwendigen Verfahrensschritte einzuleiten.

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 27.07.2006

Abstimmungsergebnisse:

Zu Beschluss-Nr. 1 (Abwägung):	Ja 17	Nein 6	Enthaltungen 3	Befangen 0
Zu Beschluss-Nr. 2 (Abschnitt 1):	Ja 20	Nein 6	Enthaltungen 0	Befangen 0
Zu Beschluss-Nr. 3 (Abschnitt 2):	Ja 17	Nein 9	Enthaltungen 0	Befangen 0
Zu Beschluss-Nr. 4 (Satzung):	Ja 16	Nein 9	Enthaltungen 1	Befangen 0
Zu Beschluss-Nr. 5 (Auftrag an Verwaltung):	Ja 17	Nein 8	Enthaltungen 1	Befangen 0

Ja 20 Nein 6 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 4 Städtebauliche Umgestaltung Kleine Planken - Auftragsvergabe an 1. Preisträger
Vorlage: 214/2006**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende erläutert in seiner Einleitung Einzelheiten zu der vorgesehenen städtebaulichen Umgestaltung, die, wie er abschließend sagt, „mehr Gelegenheiten als Gegebenheiten schaffe“. Die Bausumme betrage grob geschätzt ca. 1,4 Mio. EUR.

Stadtrat Imhof sagt, dass alle eingereichten Arbeiten über ein hohes Niveau verfügten. Das Beurteilungsgremium habe gut abgewogen. Der Beschluss werde daher so mitgetragen.

Frau Nötting stellt für die SPD den Antrag auf Vertagung der Entscheidung nach der Sommerpause, da es aus ihrer Sicht noch Beratungsbedarf hinsichtlich der Beauftragung gebe. Insgesamt seien die Unterschiede zwischen den beiden ersten Preisträgern so gering, dass für den Gemeinderat durchaus die Möglichkeit bestehen müsse, zwischen den beiden zu entscheiden.

Die Stellungnahme von Herrn Rupp ist in der Anlage beigefügt.

Stadtrat Ackermann, die Fraktion der Grünen sowie Stadtrat Nerz stimmen ebenfalls zu und loben den Entwurf des ersten Preisträgers.

Der vor der eigentlichen Abstimmung gestellte Antrag auf Vertagung der Entscheidung wird mit 8 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Stadtrat Bährle begründet seine Enthaltung in der anschließenden Abstimmung, die er natürlich respektiere. Er bedauere, dass es nicht gelungen sei, einem jungen Schwetzingen Architekten eine Chance zu geben. Der Vorsitzende lehnt es aus nachvollziehbaren Gründen ab, hier im Rat Wertungen über Architektenleistungen vorzunehmen.

Stadtrat Junker legt Wert auf die Feststellung, dass man generell keinesfalls Schwetzingen Architekten den Weg verbaue.

Auf den Hinweis von Stadträtin Nötting, dass es einer alten und guten Tradition entspreche, Vertagungsanträge großer Fraktionen auch zuzustimmen, sagt der Vorsitzende, dass hierzu dann auch wie üblich rechtzeitig miteinander gesprochen werden müsse.

Beschluss:

1. Der Bereich der Kleinen Planken wird auf Grundlage des ersten Preisträgers der Mehrfachbeauftragung, Herrn Landschaftsarchitekt Tobias Mann, Kassel, umgestaltet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Planungsbüro Tobias Mann einen entsprechenden Architektenvertrag für die Frei- und Verkehrsanlagen, zunächst bis zur Entwurfsplanung einschließlich Kostenberechnung (Leistungsphase 3), abzuschließen.
3. Die anfallenden Planungskosten für diese Leistungsphasen i.H.v. ca. 60.000 EUR sind ergänzend zu den bereits beschlossenen Kosten der Mehrfachbeauftragung i.H.v. 57.000 EUR außerplanmäßig bereitzustellen.
4. Über die Ausführung (geplanter Baubeginn Frühjahr 2007) entscheidet der Gemeinderat im Herbst. Die Maßnahme steht unter dem Finanzierungsvorbehalt.

Ja 15 Nein 9 Enthaltung 2 Befangen 0

**TOP 5 Neuwahl des Ersten Beigeordneten (Wahlergebnis s. Niederschrift)
Vorlage: 217/2006**

Sitzungsverlauf:

Der Vorsitzende gibt einen Überblick über das bisherige Bewerbungsverfahren und die heute zur Wahl stehenden Kandidaten Herr Dr. Pörtl und Herr Hornung.

Anschließend wird in geheimer Wahl gewählt. Herr Leberecht sammelt die Stimmzettel ein und zählt sie gemeinsam mit Herrn Stadtrat Bährle aus.

Der Vorsitzende bittet den gewählten Bewerber Herrn Dr. René Pörtl an den Ratstisch.

Herr Dr. Pörtl, der die Glückwünsche des Oberbürgermeisters entgegen nimmt, zeigt sich sehr überrascht über das deutliche Ergebnis und freut sich auf die künftige vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Beschluss:

Dr. René Pörtl, Schwetzingen, wird zum Ersten Beigeordneten der Stadt Schwetzingen gewählt.

Wahlergebnis:

Dr. René Pörtl	23 Stimmen
Jörg Hornung	3 Stimmen

**TOP 6 Festsetzung der Besoldungsgruppe des Ersten Bürgermeisters
Vorlage: 221/2006**

Sitzungsverlauf:

Ohne weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Erste Bürgermeister wird mit Dienstantritt in die im Stellenplan 2006 vorgesehene Stelle der Besoldungsgruppe A 16 eingewiesen.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 7 Oberbürgermeisterwahl 2006 - Festlegung der Termine
Vorlage: 215/2006**

Sitzungsverlauf:

Stadtrat Walter Bährle übernimmt in seiner Funktion als Bürgermeisterstellvertreter die Sitzungsleitung, während der Vorsitzende den Ratstisch verlässt.

Ohne weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Gemäß § 2 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz (KomWG) und § 47 Abs. 1 Gemeindeordnung (GemO) wird der Wahltag für die Wahl des Oberbürgermeisters auf Sonntag, den 03.12.2006 festgelegt.
2. Entfällt auf keinen der Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, findet eine Neuwahl am Sonntag, den 17.12.2006 statt (§ 45 Abs. 2 GemO).
3. die Ausschreibung der Oberbürgermeisterstelle erfolgt im Staatsanzeiger in Baden-Württemberg spätestens zwei Monate vor dem unter Ziffer 1. genannten Wahltag (§ 47 Abs. 2 GemO).
4. das Ende der Einreichungsfrist für Bewerbungen zur Oberbürgermeisterwahl wird auf Montag, den 06.11.2006 festgesetzt (§ 10 Abs. 1 KomWG).

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

**TOP 8 Oberbürgermeisterwahl 2006 - Bestellung eines Gemeindewahlausschusses
Vorlage: 216/2006**

Sitzungsverlauf:

Stadtrat Walter Bährle übernimmt in seiner Funktion als Bürgermeisterstellvertreter die Sitzungsleitung, während der Vorsitzende den Ratstisch verlässt.

Ohne weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeindewahlausschuss wird gemäß § 11 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz wie folgt bestimmt:

Vorsitzender:	Bürgermeisterstellvertreter Stadtrat Walter Bährle
stellvert. Vorsitzender:	Stadträtin Kerstin Nötting
Beisitzer:	Stadtrat Dr. Hans-Joachim Förster Stadtrat Dr. Walter Manske Stadtrat Karl Rupp Stadtrat Heinz Ackermann Stadträtin Monika Maier-Kuhn
stellvert. Beisitzer:	Stadträtin Dr. Brigitte Voll Stadtrat Bernhard Bauer Stadtrat Dr. Jürgen Grimm Stadtrat Hans Philipp Stadtrat Manfred Kern

Im Falle einer Neuwahl am 17.12.2006 wird die Frist für die Einrichtung weiterer Bewerbungen und für die Zurücknahme von Bewerbungen gem. § 10 Abs. 2 KomWG auf den 06.12.2006, 18.00 Uhr festgesetzt.

Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 1

TOP 9 Feststellung der Jahresrechnung 2005 Vorlage: 201/2006

Sitzungsverlauf:

Stadtkämmerer Lutz-Jathe gibt einen Überblick über die wesentlichen Daten des abgelaufenen Haushaltsjahres, das im Ergebnis deutlich besser ausgefallen sei als erwartet, was er an Beispielen verdeutlicht.

Die Aussagen des Rechnungsprüfungsamtsleiters Peter Riemensperger sind ebenso als Anlage beigefügt wie die Aussagen von Herrn Leberecht zum jährlichen Beteiligungsbericht sowie die Stellungnahmen von den Stadträten Dr. Förster, Dr. Manske, Dr. Grimm und von Stadtrat Kern.

Stadtrat Philipp resümiert, dass man insgesamt maß- und zielvoll mit den Steuergeldern umgegangen sei. Das Zahlenwerk könne sich auch im Vergleich zu anderen Städten durchaus sehen lassen. Besonders positiv sei der weitere Schuldenabbau. Den Verantwortlichen der Verwaltung spreche er seinen Dank aus. Der Vorsitzende sagt abschließend, dass man für 2006 aus Gründen der Haushaltsklarheit eine Nachtragssatzung erstelle. Sie solle im Oktober im Verwaltungsausschuss vorberaten und am 09.11.2006 im Gemeinderat verabschiedet werden.

Beschluss:

1. Das Ergebnis der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2005 wird gemäß § 95 Abs. 2 GemO wie folgt festgestellt:	EUR
a) Einnahme- und Ausgabesoll Verwaltungshaushalt	44.840.735,08
davon Zuführung an den Vermögenshaushalt	1.194.656,26
b) Einnahme- und Ausgabesoll Vermögenshaushalt	3.468.966,14
davon Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage	668.461,79
c) Einnahme- und Ausgabesoll Gesamthaushalt	48.309.701,22
2. Summe des Anlagevermögens am 31. Dezember 2005	154.534.628,63
3. Stand der Schulden am 31. Dezember 2005	3.772.397,07
4. Stand des Deckungskapitals am 31. Dezember 2005	150.762.231,56
5. Stand der Allgemeinen Rücklage am 31. Dezember 2005 (Mindestrücklage nach § 20 Abs. 2 GemHVO: 865.531 EUR)	1.779.107,95
6. Folgende Reste werden übertragen:	
a) Verwaltungshaushalt	
Kasseneinnahmereste	846.071,76
Kassenausgabereste	0,00

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 27.07.2006

- | | |
|------------------------|--------------|
| b) Vermögenshaushalt | |
| Haushaltseinnahmereste | 0,00 |
| Haushaltsausgabereste | 1.339.793,07 |
| Kasseneinnahmereste | 9.903,46 |
| Kassenausgabereste | 0,00 |
7. Den in der Jahresrechnung 2005 ausgewiesenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben (Mehrausgaben) über 20.000 EUR im Einzelfall wird zugestimmt.
8. Der Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2005 wird zur Kenntnis genommen.
9. Der Beteiligungsbericht 2005 für die Stadtwerke Schwetzingen gemäß § 105 Abs. 2 GemO wird zur Kenntnis genommen.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0

**TOP 10 Eigenbetrieb bellamar
Feststellung des Jahresabschlusses 2005
Behandlung des Jahresverlustes 2005
Entlastung der Werkleitung für das Wirtschaftsjahr 2005
Vorlage: 211/2006**

Sitzungsverlauf:

Werkleiter Horst Ueltzhöffer erläutert die wesentlichen Einzelheiten des vorliegenden Jahresabschlusses und begründet die Umstände für das verschlechterte Ergebnis.

Die Stellungnahme von Stadtrat Dr. Förster, Dr. Manske und Stadtrat Junker sind als Anlage beigefügt.

Stadtrat Ackermann signalisiert die Zustimmung für die Freien Wähler. Ein Freizeitbad werde nie kostendeckend zu betreiben sein. Zudem bestehe eine soziale Verpflichtung. Alles in allem sei der Zustand des Bades gar nicht so schlecht.

Stadtrat Kern betont, dass der damalige Saunaausbau sich wohl ausgezahlt habe, wie das Ergebnis zeige.

Auch Stadtrat Nerz stimmt der Vorlage zu.

Der Vorsitzende sagt zu den Aussagen von Stadtrat Ackermann, dass die Wahrheit wie so oft in der Mitte liege. Tatsächlich gebe es im Bellamar aufgrund des mittlerweile erreichten Alters in den Folgejahren noch Bedarf für vielfältige Investitionen. Dafür bestehe noch großer Beratungsaufwand.

Beschluss:

A. Der Jahresabschluss 2005 wird wie folgt festgestellt:

1. Bilanzsumme	14.298.432,11 €
1.1 davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen	14.178.008,18 €
- das Umlaufvermögen	120.423,93 €
1.2 davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital	5.769.964,65 €
- die Rückstellungen	54.495,00 €
- die Verbindlichkeiten	8.473.972,46 €
2. Jahresverlust	229.439,22 €
2.1 Summe der Erträge	2.572.088,13 €
2.2 Summe der Aufwendungen	2.801.527,35 €

B. Behandlung des Jahresverlustes 2005:

Ausgleich aus dem Haushalt der Gemeinde 229.439,22 €

Der außerplanmäßigen Ausgabe auf Haushalts-
stelle 1.8170.715 000 wird zugestimmt

C. Entlastung der Werkleitung

Gemäß § 5 Abs. 3 des Eigenbetriebsgesetzes wird der Werkleitung für das
Wirtschaftsjahr 2005 Entlastung erteilt.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 11 Bebauungspläne

**TOP 11.1 Änderung der Bebauungspläne Nr. 22, 25, 31, 38/42, 39/43, 48, 51, 65, 66
zur Anpassung an die Gestaltungssatzung
Vorlage: 196/2006**

Sitzungsverlauf:

Die Stadträte Back, Maier-Kuhn, Münch und Nötting verlassen wegen Befangenheit den Ratstisch. Weitere Befangenheiten wurden nicht festgestellt.

Sachvortrag durch den Vorsitzenden. Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Zur Änderung der oben genannten Bebauungspläne sowie der Änderung bzw. den Erlass von örtlichen Bauvorschriften im Geltungsbereich dieser Bebauungspläne werden folgende Beschlüsse gefasst:

1. Den in den Anlagen 1 bis 9 beigefügten Bebauungsplankonzepten, Entwürfen der planungsrechtlichen Festsetzungen, der örtlichen Bauvorschriften und den Begründungen für die Bebauungspläne

Nr. 22 „Mühlenstraße 2. Änderung“

Nr. 25 „Zwischen Grenzhöfer Weg und Gutenbergstraße, 1. Änderung“

Nr. 31 „Nadlerstraße, 1. Änderung“

Nr. 38/42 „Bismarckstraße – Marstallstraße 2. Änderung“

Nr. 39/43 „Lindenstraße / Maschinenweg, 1. Änderung“

Nr. 48 „Werderstraße - südlicher Teil, 1. Änderung“

Nr. 51 „Parkhaus Alter Bauhof, 1. Änderung“

Nr. 65 „Mannheimer Straße 40-50, 1. Änderung“

Nr. 66 „Quartier XV, 1. Änderung“

wird zugestimmt.

2. Zur Darlegung und Erörterung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Änderung der o.g. Bebauungspläne wird gemäß § 3 Abs. 1 BauGB die Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt.
3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 4 Absatz 1 BauGB gehört.

Ja 22 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 4

**TOP 11.2 Bebauungsplan "Quartier XXV"- Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit
und Behörden
Vorlage: 203/2006**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag durch Stadtbaumeister Welle. Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Der Vorentwurf des Bebauungsplans 'Quartier XXV' in der Fassung vom 21.06.2006 wird gemäß § 3 Abs. 1 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.
2. Die Örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan 'Quartier XXV' in der Fassung vom 19.06.2006 werden gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 74 Abs. 6 und 7 LBO für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.
3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gem. § 4 Abs. 1 BauGB entsprechend 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB von der Auslegung benachrichtigt und zur Äußerungen auch im Hinblick auf den erforderlichen Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgefordert.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 12 Vergabe Baumaßnahme Bahnparalleler Radweg mit P+R-Anlage
Vorlage: 194/2006**

Sitzungsverlauf:

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Die Baumaßnahme wird an den günstigsten Bieter, Firma Joh. Schön & Sohn, Speyer zum Angebotspreis in Höhe von 179.396,51 EUR inkl. MWSt und 4 % Nachlass vergeben.
2. Die Beleuchtung des Radweges und der P+R-Anlage wird an die EnBW zum Angebotspreis in Höhe von 64.386,99 EUR inkl. MWSt. vergeben.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 13 Clementine-Bassermann-Straße, Vergabe der Kanal- und Straßenbauarbeiten
Vorlage: 220/2006**

Sitzungsverlauf:

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

1. Die Arbeiten werden an den günstigsten Bieter, der Firma Sax + Klee, Mannheim zum Angebotpreis in Höhe von Brutto 389.617,73 EUR vergeben.
2. Im Haushalt sind zu den vorhandenen 140.000,-- EUR überplanmäßig Mittel in Höhe von 325.000,-- EUR zur Verfügung zu stellen.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 14 Abwasserbeitragsrecht Gewerbegebiet Zündholz
Vorlage: 195/2006**

Sitzungsverlauf:

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Die bisher als zwei getrennte Abwassereinrichtungen behandelten Bereiche Gewerbegebiet Zündholz und übriges Stadtgebiet werden zu einer Einrichtung im Sinne von § 13 Absatz 1 Satz 2 KAG (Kommunales Abgabengesetz Baden-Württemberg) zusammengeführt. Auch der künftig als weiteres Gewerbegebiet erschließbare Bereich zwischen der Autobahn A6 und der Bundesstraße B36 ist hier einzubeziehen.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**TOP 15 Richtlinien zur Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen
Zuwendungen
Vorlage: 212/2006**

Sitzungsverlauf:

Sachvortrag durch den Vorsitzenden. Er macht deutlich, dass das Thema im Handling für die Verwaltung außerordentlich bürokratisch sei.

Keine weitere Aussprache.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die beiliegenden Richtlinien zur Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen.

Ja 26 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 16 Öffentliche Bekanntgaben / Anfragen

Sitzungsverlauf:

Öffentliche Bekanntgaben durch den Oberbürgermeister:

1. Der kritisierte grüne Zaun am Hof der Südstadtschule wird gegen eine verzinkte Version ausgetauscht. Der vorhandene Zaun kann an einer anderen Stelle im künftigen Baugebiet „Lange Sandäcker II“ verwendet werden.
2. Er informiert über die neuen Wasserstellen am Friedhof. Die alte Lösung sei nicht mehr zeitgemäß gewesen. Mit der zunehmenden Inbetriebnahme der insgesamt 16 Stellen sei auch eine ausreichende Kapazität gewährleistet.
3. Stadtbaumeister Welle gibt anhand eines Luftbildes nähere Informationen zu dem vorgesehenen Hochwasserschutz im Bereich des SV-Sportgeländes durch die Einrichtung von zwei Sickermulden. Damit solle konstruktiv vorgebeugt werden, dass gerade auch die unteren Bereiche des Gebäudes mit Wasser voll liefen. Die Maßnahmen kosteten insgesamt 21.000 EUR.
4. Der Vorsitzende kündigt an, dass in der kommenden Woche insgesamt 6 Schlossplatzbäume gefällt werden müssten, und zwar 4 auf dem südlichen und 2 auf dem nördlichen Schlossplatz. Aktuelle Untersuchungen der Stadtgärtnerei nach den letzten Sturmschäden hätten ergeben, dass hier Gefahr im Verzug sei. Als Verantwortlicher könne er daher keine andere Entscheidung mehr treffen. Für weitere Bäume müsse im Herbst aus Gründen der Standsicherheit ein erheblicher Rückschnitt von 20 – 50 % der Baumkronen erfolgen.
5. Der Vorsitzende informiert über den aktuellen Sachstand zur Neukonzeption einer Nutzung für das Bahnhofgebäude. Der Vertrag mit der Firma Gebhard und Mack habe zu keinem Ergebnis geführt und laufe daher aus. Es gebe noch keine Festlegungen, wie es jetzt weiter gehe.

Anfragen der Stadträte:

Auf Nachfrage von Stadtrat Müller nach der Zulässigkeit von Abkürzungen der Taxifahrer über den nördlichen Schlossplatz sagt der Vorsitzende, dass dies eindeutig verboten sei.

Stadtrat Junker berichtet, dass die Baustellen im Gebiet Oftersheim Nord-West weiterhin sehr stark angefahren würden. Der Vorsitzende sagt, dass man bereits mit dem Oftersheimer Bauamt in Kontakt stehe. Ansonsten sei man generell auf einzelne Meldungen angewiesen, da an eine ständige Kontrolle nicht gedacht sei.

Weiter bemängelt Stadtrat Junker die sehr zögerlich fortschreitenden Bauarbeiten am Lärmschutzwand der B 535. Laut dem Vorsitzenden habe die Verwaltung in der Sache schon Gespräche geführt. Seiner Kenntnis nach zeige dies in diesen Tagen bereits erste Früchte.

Auf Nachfrage von Stadträtin Maier-Kuhn wird sich Stadtbaumeister Welle nach dem aktuellen Sachstand in der Frage der Reparatur der Bahnhofsuhr erkundigen.

